

Swiss Governance Forum KPM

4. November 2022

## Rede von Rektor Prof. Dr. Christian Leumann

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie mich vorneweg im Namen der Universitätsleitung dem Kompetenzzentrum für Public Management KPM zum 20-jährigen Bestehen gratulieren! Das KPM ist eines von zehn strategischen Forschungszentren der Universität Bern und damit ein wichtiger Pfeiler für Exzellenz in Lehre, Forschung und Weiterbildung.

Mit seiner interfakultären Ausrichtung zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaft sowie seiner Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand verinnerlicht das KPM wesentliche Elemente der universitären Strategie. Namentlich sind das der Themenschwerpunkt Politik und Administration sowie die Inter- und Transdisziplinarität.

Das Thema zum heutigen Swiss Governance Forum ist hochaktuell: «Der Staat von morgen: Warum wir jetzt keinen respektive einen starken Staat brauchen»

Was brauchen Universitäten eigentlich von der Politik, damit sie ihren Auftrag optimal erbringen können? Lassen Sie mich dies anhand von drei Thesen illustrieren:

- Universitäten brauchen vollständige Autonomie in Forschung und Lehre.
- Universitäten brauchen eine adäquate Grundfinanzierung, um international kompetitiv zu sein.
- Universitäten brauchen stabile aussenpolitische Rahmenbedingungen, um sich an internationalen Forschungsnetzwerken beteiligen zu können.

Zur Autonomie: Ein demokratisches System ist eine Grundvoraussetzung zur Sicherstellung, dass die Politik nicht übergriffig wird und Vorgaben erlässt, was gelehrt und geforscht werden soll. Demokratische Staaten basieren auf den Errungenschaften der Aufklärung und diese sind für Wissenschaft, Forschung und damit für uns Universitäten zentral. Wir haben heute ein hohes Mass an Autonomie und das ist gut so.

Ist diese in Gefahr? Punktuell leider ja. Mit zunehmender Polarisierung der politischen Positionen auch in demokratischen Systemen, steht Tür und Tor offen, um Verschwörungstheorien zur Wissenschaft zu erheben oder Fake Facts zu generieren und zu verbreiten. Das untergräbt die grundlegenden Werte wissenschaftlicher Methodik und kann Universitäten zum Spielball der Politik werden lassen.

Ein anderes Element ist die Instrumentalisierung von Wissenschaft. Die Politik und damit der Staat hätten manchmal gerne, dass diese in Zeiten von Krisen in null Komma nichts die Lösung des zugrundeliegenden Problems hat und klare Anweisungen gibt, wie sie zu überwinden sind.

Doch so funktioniert Wissenschaft nicht. Der Prozess der Lösungsfindung ist nicht linear, sondern iterativ, dialektisch und er darf sich nicht an zeitlichen Vorgaben ausrichten. Dass wissenschaftliche Hypothesen kommuniziert, und durch Verifikations- resp. Falsifikationsversuche auf Herz und Nieren getestet werden, ist der normale Prozess, sich der Wahrheit zu nähern. Eingriffsversuche der Politik in diesen Prozess, wie beispielsweise der von einzelnen Parlamentariern während

der Covid-Krise geforderte Maulkorb für Forschende ist somit ein massiver Eingriff in die Freiheit von Lehre und Forschung und damit in die Autonomie der Universitäten. Der Staat von morgen tut gut daran, seine Universitäten vor solchen Übergriffen zu schützen.

Wie steht es mit der Grundfinanzierung? Wir stellen fest, dass zur Erfüllung des Grundauftrags in Lehre und Forschung eine über die Jahre praktisch konstante Grundfinanzierung einer steigenden Anzahl von Studierenden gegenübersteht. Das wird auf Dauer nicht gut gehen, wenn die Qualität der Bildung und Forschung nicht leiden soll.

Wissenschaftlicher Fortschritt ist die Quelle des Wohlstands, gerade in der rohstoffarmen Schweiz. Forschung ist universell und kennt keine Staatsgrenzen. Umso wichtiger ist es, dass Nationalstaaten sich den Wohlstand sichern, indem sie ihre Universitäten kompetitiv halten – und das kostet Geld. Wer heute auf den südostasiatischen Kontinent blickt, der kann sehr gut sehen, wie das Wachstum des Wohlstandes parallel mit dem Ausbau des Bildungssystems einhergeht. Ein starker, visionärer Staat von morgen reflektiert und zu beherzigt dies.

Last but not least, die internationalen Rahmenbedingungen:

Die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen, zu deren Lösung die Politik zu Recht einen Beitrag der Universitäten fordert, machen nicht an Nationalgrenzen halt. Stichworte dazu sind Klimakrise, Pandemien oder etwa militärische und religiöse Konflikte. Die Erarbeitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen als Grundlage für politische Handlungsoptionen setzt voraus, dass Forschung in internationalen, grossen Forschungsverbänden oder Teams stattfinden kann. Um dies zu ermöglichen, braucht es langfristige multilaterale Abkommen. Hier hat die zeitgenössische Politik eklatant versagt, wie der Ausschluss der Schweiz aus dem weltweit grössten Forschungsverbund Horizon Europe zeigt.

Durch diesen Ausschluss verlieren wir wichtige und hochkarätige wissenschaftliche Partnerinnen und Partner. Wir hinterlassen Lücken in bereits bestehenden Netzwerken, die dann auch ohne Schweizer Be-

teiligung schnell heilen und auch in Zukunft ohne Schweizer Beteiligung auskommen werden. Wir verlieren Vertrauen bei unseren PartnerInnen. Der schweizerische Forschungs- und Bildungsstandort verliert damit insgesamt an Attraktivität und Qualität. Daran ändern auch sämtliche in Windeseile gestarteten nationalen Rettungsaktionen auf Ebene der Forschungsförderung nichts. Auf einen Nenner gebracht: Es gibt in diesem politischen Spiel mit der Wissenschaft nur Verlierer.

Die Schweiz ist zwar ein kleiner Nationalstaat, aber eine globale Forschungsgrossmacht und das macht sie speziell. Dies gilt übrigens auch für andere Bereiche wie etwa die hier angesiedelte internationale Grossindustrie. Vom Staat und der Politik von morgen erwarten die Hochschulen, dass sie dieser speziellen Situation Rechnung tragen, Leadership zeigen und breit abgestützte Lösungen erarbeiten und umsetzen. Der heutige Jubilar, das KPM, kann mittels wissenschaftlicher Analyse und Forschung Grundlagen dazu beitragen.